



Gewerkschaft der Polizei unterstützt die Forderung des Polizeipräsidenten nach Ausweitung der Kameraüberwachung

Die Kameraüberwachung an bestimmten Orten oder zu bestimmten Anlässen hat sich zweifelsfrei bewährt. Dies zeigen insbesondere die Fahndungserfolge, die sich regelmäßig nach der Veröffentlichung von Bildausschnitten der Täter in den Medien einstellten. Die Möglichkeit des direkten Zugriffs der Polizei auf die Kameraüberwachung z.B. der S- und Hochbahn wird unzweifelhaft zur Stärkung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger beitragen.

Hierzu der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Gerhard Kirsch:

„Der Vorstoß des Polizeipräsidenten ist richtig und wichtig. Die Verteufelung von technischen Hilfsmitteln zur Stärkung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger muss ein Ende haben. Wir leben nicht in einem totalitären Staat; die Polizei hat kein Interesse daran, unbescholtene Bürger auszuspionieren. Es geht vielmehr darum, Gefahrensituationen und Straftäter rechtzeitig zu erkennen. Das hierbei die Grenzen des Datenschutzrechtes beachtet werden müssen, ist unstrittig.“

GdP-Hamburg

Landesbezirksvorstand

Hamburg, den 30. Dezember 2009